

Immer lauterer Protest

WIRTSCHAFT/ Die junge Occupy-Bewegung kritisiert die Finanzwelt. Schon lange setzen sich auch die Kirchen für eine gerechte Wirtschaft ein. Doch nicht immer so, dass sie gehört werden.



Ethiker schätzen ihre Unruhe positiv ein: Occupy-Bewegte hier in Zürich und anderswo auf der Welt

Der Protest kam auf leisen Sohlen. Kein Krawall begleitete ihn. Die Occupy-Bewegung, vorab von jungen Leuten getragen, nahm im September an der Wall Street in New York ihren Anfang. Innerhalb kurzer Zeit hat sich der Protest gegen Gier und Masslosigkeit an den Finanzplätzen immer weiter ausgebreitet. Für den Ökonomen Peter Ulrich ist dies keine Überraschung. Der emeritierte Wirtschaftsethik-Professor an der Universität St. Gallen erinnert sich, wie 2009, während der Bankenkrise, märchenhafte Bonizahlungen an Bankmanager geleistet wurden und dies sogar am Open Forum des WEF in Davos breites Entsetzen auslöste. «Die Selbstverständlichkeit, wie die selbst ernannten Masters of the Universe die Geldwirtschaft über die reale Wirtschaft gestellt und diese geschwächt haben, forderte Widerstand heraus.»

ZEICHEN. Nach Meinung Ulrichs bröckelt die Legitimität der bestehenden Wirtschaftsordnung immer mehr. «Vor Jahren noch herrschte beim Studiengang Banking und Finance an der Hochschule St. Gallen grösster Andrang, während etwa der Lehrgang Wirtschaft und Ökologie mangels Interesse geschlossen werden musste», so Ulrich. Das ändere sich nun. Das Interesse, in die Finanzwelt einzusteigen, sei gesunken, während Konzepte einer nachhaltigen, lebensdienlichen Wirtschaft wieder interessierten.

Dass die Occupy-Leute noch keine Rezepte haben, stört den Wirtschaftsethiker nicht: «Wer hat die denn schon? Es geht um ein anspruchsvolles, tiefgreifendes Umdenken für ein sinnvolles und faires Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gesellschaft.» Ulrich findet es ein schönes Zeichen, dass sich die Jugend nun lautstark um diese Themen kümmert. «Die bisherige Fortschrittsdoktrin infrage zu stellen, ist legitim und auch Aufgabe anderer Kreise, zum Beispiel der Kirchen.» Doch die Kirchen äusserten sich kaum mehr hörbar zu solchen Fragen, findet der Wirtschaftsethiker.

ENGAGEMENT. Simon Weber, Pressesprecher des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes (SEK), sieht das anders. Mit der Studie «Gerechtes

Haushalten und faires Spiel» habe sich der Kirchenbund sehr direkt zu der Entwicklung auf den Finanzmärkten und der Schuldenkrise geäussert. Ulrichs Vermutung, die Landeskirchen würden sich zurückziehen und sich vermehrt dem Kerngeschäft, der kirchlichen Arbeit widmen, widerspricht Weber: Der SEK verfasste Broschüren und organisierte Tagungen, wie etwa im kommenden Jahr zusammen mit der Universität Genf, welche ebenfalls das gerechte Haushalten thematisiere. Zudem hätten sich die evangelischen Kirchen schon lange gegen die Spitzenlöhne gewandt. «Uns ist aber wichtig, auch die Entscheidungsträger direkt anzusprechen und im Bereich der Bildung tätig zu sein», so Weber. Jedenfalls sei die gerechte Verteilung von Ressourcen und Gütern ein Dauerthema.

Das gilt auch für den evangelischen Entwicklungsdienst «Brot für alle». Zentralsekretär Beat Dietschy sagt: «Wir setzen uns zum Beispiel schon lange für eine Steuer auf Finanztransaktionen ein. Zudem schlagen wir vor, diese Gelder für die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit einzusetzen.» Laut Dietschy ist die Occupy-Bewegung ein deutliches Zeichen dafür, dass die Besorgnis über die ungerechte Entwicklung der Weltwirtschaft von immer mehr Menschen geteilt werde. Auch «Alliance Sud» setzte sich als gemeinsame entwicklungspolitische Organisation von sechs Hilfswerken schon für transparente und gut regulierte Finanzmärkte ein, als dies noch nicht in Mode war. «Steuerflucht und globale Finanzkrisen fügen nicht zuletzt den Entwicklungsländern massiven Schaden zu», erklärt Mark Herkenrath, Finanzexperte von Alliance Sud. Ein Grossteil der Arbeit der Organisation spiele sich allerdings vor allem im Hintergrund und weniger in der Öffentlichkeit ab.

In der Zürcher Landeskirche beschäftigt sich die Fachstelle «Kirche und Wirtschaft» mit wirtschaftsethischen Fragen. «Menschliche Werte, und damit auch Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit in der Wirtschaft, sind das Thema der Kirchenpflegetagungen

im kommenden Jahr», erklärt Stefan Grotefeld, Leiter der Fachstelle. Für ihn besonders erfreulich: Fast alle sieben Tagungen sind bereits ausgebucht.

GEMEINWOHL. Alle diese kirchlichen Aktivitäten scheinen von der Öffentlichkeit nicht immer wahrgenommen zu werden. Das findet auch Hans Ruh, ehemaliger Leiter des Instituts für Sozialethik beim SEK und emeritierter Professor für Ethik an der Universität Zürich sowie Gründer von Blue Value, einem Beratungsbüro im Bereich der Wirtschaftsethik. Er sieht die Kirche in einer Phase der Rückbesinnung, geleitet von der Angst vor dem Fall in die Bedeutungslosigkeit. «Vor zwanzig Jahren herrschte in sozialetischen Fragen eine Aufbruchstimmung, und die Kirche wirkte auf diesem Gebiet pionierhaft.

Jetzt muss sie sich behaupten gegen Institute, private Unternehmen und sogar gegen eine neue Jugendbewegung.» Denn Ruh stellt fest: «Fragen der Gerechtigkeit, der gesellschaftlichen Verantwortung und des Gemeinwohls sind plötzlich wieder interessant.»

«Vor zwanzig Jahren herrschte in sozialetischen Fragen Aufbruchstimmung, und die Kirche wirkte pionierhaft.»

•••••
HANS RUH

RÜCKBESINNUNG. Ein Indiz dafür ist auch Hans Ruhs Feststellung, dass immer mehr Investoren ihr Geld ethisch vertretbar anlegen wollen. Davon profitieren zum Beispiel Mikrofinanzinstitute (siehe Artikel unten). Den Kirchen empfiehlt Ruh, sich wieder vernehmbarer zu ethischen Fragen zu äussern. Denn man könne sich wie bei einer Bonbonwerbung zu Recht fragen: Wer hats erfunden? Dass die Kirchen die Kritik der Occupy-Bewegung schon längst formuliert haben, gibt auch der Bewegungsaktivist Joschua Pleep zu, der die Gruppe «Neue Dringlichkeit» mitbegründet hat und jetzt regelmässig auf dem Lindenhof in Zürich anzutreffen ist. «Unsere Ideen, die Rückbesinnung auf menschliche Werte, decken sich mit dem, wofür sich die Kirchen einsetzen. Wir würden deshalb gerne mit ihnen in Kontakt treten.» **MARTIN ARNOLD**

Gerechtes Haushalten

2010 veröffentlichte die Studie «Gerechtes Haushalten und faires Spiel». Darin behandeln die Autoren Grundfragen einer menschengerechten Ökonomie und reflektieren die Finanzkrise unter theologisch-ethischen Aspekten. Die Studie findet sich auf der SEK-Website oder kann für 20 Franken (plus Porto) bestellt werden.

WWW.SEK-FEPS.CH,
Tel. 031 370 25 25

Mikrokredite: Ethisch investiertes Kapital ist krisenresistent

ANLAGE/ Trotz der Finanzkrise wirtschaften Mikrofinanzinstitutionen wie Oikocredit weiterhin solide.

Für die vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) gegründete Genossenschaft Oikocredit war 2010 ein sehr gutes Jahr, und auch 2011 entwickelt sich positiv. Die in den vergangenen Jahren ruckbar gewordenen Verschuldungen im Mikrokreditwesen betreffen die Genossenschaft nicht. Die Geschäftsführerin in der Deutschschweiz, Elvira Wiegers, sagt: «Vor allem in Indien waren viele Kreditanbieter unter

dem Deckmantel Mikrofinanz auf das schnelle Geld aus. Da hat sich eine Blase gebildet, die letztes Jahr geplatzt ist.» Dass es so weit kommen konnte, ist für Wiegers keine Überraschung. Zwei Drittel der Weltbevölkerung hat keinen Zugang zu Kapital. Das Heer der Armen bildet einen gigantischen Markt für das Kreditwesen. Immer mehr Anbieter versuchten, so Wiegers, sich ein Stück vom Kuchen abzuschnei-

den und drängten ihren Kunden Kredite auf. Weder Nachhaltigkeit noch Ethik spielten dabei eine Rolle. «Es handelt sich in Wahrheit um Konsumkredite», erklärt Wiegers. Die fälligen Raten beglichen viele Schuldner mit neuen Krediten, denn die Geldgeber verlangten sehr hohe Zinsen. Ein weiteres Problem sei, dass viele Geldgeber kaum die Bonität ihrer Schuldner überprüften und es so zu Mehrverschuldungen komme. Die Spirale trieb etwa in Andhra Pradesh, einer armen Gegend an der Ostküste Indiens, im vergangenen Jahr viele Schuldner in den Selbstmord und Geldgeber in die Pleite.

REGULIERUNG. Um die Situation zu verbessern, fordert Elvira Wiegers die Schaffung von Aufsichtsbehörden zur Regulierung des Mikrofinanzwesens, wie dies bereits in einzelnen Ländern, zum Beispiel in

Ecuador, der Fall ist. Dazu gehört ihrer Meinung nach auch eine obere Zinslimite. «Die Branche muss zurück zu ihren Wurzeln. Ihr Ziel muss es sein, Menschen aus der Armut zu helfen und ihnen eine Perspektive zu bieten und nicht die eigenen Taschen zu füllen.» Wer die Kleinstkreditnehmer ernst nehme, kläre sie über die Gefahren einer Schuldenfalle auf und begleite sie bis zur vollständigen Rückzahlung ihrer Kredite. Zu dieser Begleitung gehört für Wiegers auch eine seriöse Haushaltplanung.

Im Gegensatz zu vielen Mikrofinanzinstituten verfügt die Entwicklungsgenossenschaft Oikocredit über langjährige Erfahrung. Seit 35 Jahren vergibt die in Holland beheimatete Organisation mit starkem Schweizer Ableger Geld an die Armen. Die bevorzugten Kreditnehmer sind soziale Unternehmen, die ihrerseits die gesellschaftliche

Situation verbessern möchten. Beispielsweise das von den Schweizer Bananenfrauen 1998 gegründete Fairtrade-Unternehmen Gebana. In Brasilien fördert Gebana den Anbau und Handel von biologisch und fair produzierter Soja und anderen nachhaltig angebauten Landwirtschaftsgütern. **MARTIN ARNOLD**

FAKTEN ZU OIKOCREDIT

MIKROKREDITE/ NIEDRIGE AUSFALLQUOTE

Oikocredit wurde 1975 vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) gegründet. Die Entwicklungsgenossenschaft mit Sitz in den Niederlanden unterstützt in über 70 Ländern fast 900 Partner. Zurzeit sind Darlehen von weltweit über 500 Millionen Franken vergeben. Die Kreditausfallquote beträgt weniger als ein Prozent. www.oikocredit.org, Tel. Geschäftsstelle Zürich 044 240 00 62.